

E 2001 (D) 2/231

*Le Chef de la Division des Affaires étrangères  
du Département politique, P. Bonna, au Chef du Département  
de l'Economie publique, H. Obrecht*

*Copie*

L B.14.21.GB. – SP. Vertraulich.

Bern, 7. Dezember 1939

Der schweizerischen Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen mit Grossbritannien ist vom Board of Trade der Entwurf zu einem beschränkten schweizerisch-britischen Zahlungsabkommen übergeben worden<sup>1</sup>. Dieser Entwurf war gestern Gegenstand einer vorläufigen Aussprache unter Vertretern der drei beteiligten Departemente und der Schweizerischen Nationalbank. Um es Ihrem Departement zu ermöglichen, dem Bundesrat in einer seiner nächsten Sitzungen den britischen Vorschlag mit den erforderlichen Anträgen zur Erteilung neuer Instruktionen an die Verhandlungsdelegation zu unterbreiten, wurde der Wunsch ausgesprochen, dass das Finanz- und Zolldepartement und das Politische Departement, wie auch das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank zu der Angelegenheit Stellung nehmen. Wir kommen diesem Begehren hiermit gerne nach.

Wie in der Aussprache vom 6.d.M. von Herrn Prof. Keller ausgeführt wurde,

---

1. *Non reproduit; cf. N° 208.*

ist die britische Regierung aus Gründen ihrer Währungspolitik bestrebt, den Wert der Einfuhr aus der Schweiz dem Werte der britischen Ausfuhr nach der Schweiz möglichst anzugleichen. Sofern die Verhandlungen zu einer Einigung führen, darf mit einer schweizerischen Ausfuhr von jährlich rund 100 Millionen Franken gerechnet werden. Nun hat aber die britische Regierung bereits seit längerer Zeit bedeutende Kriegsmaterialaufträge nach der Schweiz vergeben, und es besteht die Absicht, weitere Lieferungen zu bestellen, sobald die Umstände es gestatten. Damit die Zahlungen für diese ausserordentlichen Lieferungen nicht auf die 100 Millionen Franken des schweizerischen Exportes nach Grossbritannien angerechnet werden müssen, ist der schweizerischen Delegation ein besonderes Zahlungsabkommen vorgeschlagen worden. Danach würden die Kriegsmateriallieferungen von der britischen Regierung in Pfund Sterling auf ein Spezialkonto der Schweizerischen Nationalbank bei der Bank of England einbezahlt. Diese Guthaben könnten von der Schweizerischen Nationalbank nur innerhalb des britischen Empires, Ägyptens und Iraks (jedoch mit Ausschluss von Kanada, Neufundland und Hongkong) verwendet werden. Die schweizerischen Lieferanten von Kriegsmaterial würden von der Schweizerischen Nationalbank bei Eingang der Anzeige über die Einzahlung auf das Pfundkonto in Schweizerfranken bezahlt.

Es ist in der gestrigen Aussprache betont worden, dass es sich nicht darum handle, der britischen Regierung einen Kredit für ihre Kriegsmaterialbezüge zu eröffnen, sondern dass lediglich ein Transferproblem zu lösen sei. Es müsse nach einer Regelung gesucht werden, die es Grossbritannien ermögliche, trotz den Kriegsmaterialbezügen den normalen Import schweizerischer Waren in der Höhe von 100 Millionen Franken jährlich zuzulassen, ohne dass die Zahlungsseite dieser Einfuhr die britische Währung belaste. Für die Beurteilung des Vorschlags vom politischen Gesichtspunkt aus ist jedenfalls die Feststellung wichtig, dass das Zahlungsabkommen der britischen Regierung einen Transfervorteil sichern soll. Gegen die Einräumung eines solchen Vorteils haben wir grundsätzlich nichts einzuwenden, sobald man bereit ist, den nämlichen Vorteil der andern Kriegspartei, d.h. Deutschland, nicht vorzuenthalten. Nun muss aber daran erinnert werden, dass in den letzten Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland die deutsche Delegation für die Rückstände auf dem Warenkonto einen durchaus analogen Antrag vorgebracht hat<sup>2</sup>. Der Gegenwert dieser nach Deutschland ausgeführten Waren war bei der deutschen Verrechnungskasse bereits einbezahlt, und die Auszahlung des Gegenwertes an die schweizerischen Exporteure hätte nach deutscher Auffassung, wie nach den britischen Vorschlag, vorschussweise durch die Schweizerische Nationalbank bzw. die Darlehenskasse erfolgen sollen. Dieser deutsche Vorschlag wurde in langwierigen Verhandlungen als völlig unannehmbar abgelehnt. Darüber hinaus wurde eine beschleunigte Tilgung der Rückstände auf dem Warenkonto erreicht. Es schiene uns deshalb sehr bedenklich, den britischen Antrag, wie er vorliegt, anzunehmen, es wäre denn, man wollte sich nachträglich entschliessen, ein gleiches Angebot an die deutsche Regierung zu richten, was als ausgeschlossen gelten muss.

---

2. Cf. N° 184.

Wir hätten umso grössere Bedenken, dass auf dem Boden des englischen Vorschlags eine Lösung gesucht würde, als dieser Vorschlag im Ergebnis eben doch auf die Übernahme sehr bedeutender Kursrisiken durch die Eidgenossenschaft für Kriegsmateriallieferungen an Grossbritannien hinausläuft. Eine solche Vereinbarung könnte die Schweiz zweifellos gegenüber Deutschland politisch in eine recht heikle Lage bringen.

Damit, dass der britische Vorschlag abgelehnt wird, ist allerdings für die Fortsetzung der Verhandlungen nichts gewonnen. Wir können uns daher der Auffassung anschliessen, dass der schweizerischen Delegation die Möglichkeit verschafft werden muss, dem Board of Trade Gegenvorschläge zu unterbreiten. In der Aussprache vom 6. d.M. hat Herr Dr. Kellenberger als Vertreter des Eidgenössischen Finanzdepartements bereits darauf hingewiesen, dass daran gedacht werden könnte, die *schweizerischen Exporteure* im Sektor des «normalen» Warenverkehrs mit England (im Gegensatz zu den Kriegsmateriallieferungen) durch das Mittel der Exportrisikogarantie in die Lage zu versetzen, mit längeren Zahlungsfristen zu liefern. Ob den britischen Wünschen nach Sicherung der Währung mit dieser Lösung in genügendem Mass entsprochen würde, wagen wir nicht zu beurteilen. Wir möchten aber auch unsererseits dringend empfehlen, dass die Lösung in der Richtung gesucht wird, dass sich die zu treffenden Massnahmen als Hilfe für die schweizerische Exportindustrie und nicht als Unterstützung der britischen Währungspolitik darstellen. Wir sind uns zwar bewusst, dass unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Grossbritannien einerseits und zu Deutschland andererseits ihrer gesamten Struktur nach einen viel zu verschiedenen Charakter aufweisen, als dass man mit einer bloss formalen Gleichbehandlung durchkommen könnte. Trotzdem möchten wir diesen formalen Parallelismus soweit als immer tunlich aufrechterhalten. Die schweizerische Delegation sollte daher vor allem nach einer Regelung suchen, die sich möglichst eng an diejenige anlehnt, die im Briefe des Vorsitzenden der schweizerischen Delegation an den Vorsitzenden der deutschen Delegation, vom 24. Oktober 1939<sup>3</sup>, betreffend die Bevorschussung der Guthaben schweizerischer Exporteure aus Warenlieferungen nach Deutschland niedergelegt ist.

#### ANNEXE

E 7110 1973/134/15

*La Délégation économique suisse à Londres au Ministère  
britannique du Trésor*

*Copie*

*M*

London, December 11, 1939

1) On the 1st of December the Swiss Trade Delegation was handed a draft for a proposed Agreement in connection with the purchases of the Government of the United Kingdom in Switzerland.

---

3. Cf. E 2001 (D) 1/248.

2) The draft provided that all debts so due on the coming into force of the proposed agreement or falling due while it is in force, should be paid in Sterling to a Special Account at the Bank of England in the name of the Swiss National Bank at the official rate for Swiss Francs fixed by the Bank of England on the date on which payment in Sterling is made, the Swiss National Bank to pay the equivalent of the Sterling sums received at the same rate in Swiss Francs to the Swiss creditors.

3) It also provided that the National Bank would pay into the Special Account all sums in Sterling and the proceeds of the sale of any gold or securities (if and when sold) at present owned by them in the United Kingdom, with the provision that the free export of such gold, if desired, would not be subject to restrictions.

4) It was further proposed that the sums standing from time to time to the credit of the Special Account should be employed only for payments of goods purchased in the United Kingdom and the rest of the British Commonwealth of Nations (with certain qualifications), of debts due from persons in Switzerland to persons in the same countries in respect of freight, royalties, insurance, patents, commissions, contracts made before a certain date, or for such other purposes as may be agreed upon between H.M. Government and the Swiss Government.

5) The Swiss Delegation has since discussed in Switzerland with the Swiss Authorities and the National Bank the new situation created by these proposals and they feel it is their duty to state that the proposals have caused disappointment and no little surprise. This proposal is in fact tantamount to the establishment between the United Kingdom and Switzerland of a system involving on the part of Switzerland purchases of British or Empire goods and services as high as the purchases of Swiss goods by H.M. Government. In the present state of affairs it is out of the question that Switzerland should ever be in a position to be able to use such an amount of British goods and services.

6) The Swiss Government fully realize and appreciate the reasons which prompted H.M. Government to seek a solution to the currency and transfer problems arising out of the purchases made and to be made by H.M. Government in Switzerland, and they, in conjunction with the National Bank, have therefore carefully considered in what way they could best contribute to the furthering of the future exchange of trade between the two countries.

7) The Swiss Government and the National Bank feel however that the proposals contained in the draft agreement would not be compatible with the present Neutrality Laws of Switzerland. In addition the proposals, apart from the limited capacity of Switzerland to absorb in goods, freights, insurance etc. the huge Sterling balances which would accumulate from time to time in the Special Account, would involve exchange risks which could not be borne by the Swiss National Bank or the Swiss Government.

8) Furthermore, and although the Swiss Government believe that it is not the intention of H.M. Government to cause in respect of their purchases a deviation from the guiding principles adopted by the Swiss Government for the execution of orders for war material entrusted to Swiss Industry, the proposals contained in the draft agreement submitted on December 1st would in fact result in a direct credit being given for such war material by way of advances to be made by the Swiss National Bank to the Swiss manufacturers against the Sterling balances accruing on the Special Account.

9) While it is not possible for the reasons explained to accept the proposals contained in the draft agreement, the Swiss Government, in their effort to enter into H.M. Government's intentions and to find a solution to the currency and transfer problems involved, have decided to offer an alternative solution which they feel would in practice more directly obviate the most acute of the problems with which H.M. Government is concerned. The Swiss Government are to this effect prepared in principle to authorize the opening of a substantial credit in Swiss Francs which for obvious reasons should preferably take the shape of an agreement between a syndicate of British and Swiss Banks. Such a credit would in their opinion make it possible to improve considerably the results so far reached in the negotiations for the normal exchange of trade between the two countries and to find a satisfactory solution to the difficulties of those Swiss Industries mostly affected by the policy hitherto followed by H.M. Government, and having regard also to the pre-war contracts and the Tourist Trade.

7 DÉCEMBRE 1939

497

10) The credit which might be revolving by nature and, once the amount has been fixed in relation to the ultimate outcome of the trade negotiations, could offer certain important possibilities to use Sterling in the United Kingdom and the British Empire, whereby the freeing of fresh Swiss Franc supplies could be made available from time to time.

11) In view of the stringent necessities falling on the Swiss Money Market for the financing of the Swiss Mobilisation and Defence expenditure, and to avoid a too heavy strain being put on the country's financial resources by similar credits being demanded from other sources, it would appear to be of paramount importance that under the special circumstances the proposed credit should be provided with adequate guarantees or safeguards and possibilities for the Swiss Banks to mobilize it in case of need, so as to ensure the fulfilment of its comprehensive purpose<sup>4</sup>.

---

4. *Par une lettre du 16 décembre 1939 (non reproduite) adressée à P. Keller, le sous-secrétaire d'Etat au Trésor, S. D. Waley, remercie le gouvernement suisse d'avoir proposé une nouvelle version de l'accord. Toutefois, il estime possible d'entamer des négociations afin de trouver un compromis sur la base d'amendements à la proposition anglaise. Cf. aussi Nos 212 et 215.*